

Die wirtschaftliche Depression in Athen muss nicht an Zahlen abgelesen werden: Mitten in der Stadt, am Omonia-Platz, gibt es derzeit mehr geschlossene als offene Geschäfte. Wer noch nicht den Rollläden für immer heruntergelassen hat, bietet Rabatt von 50 oder 70 Prozent. Dennoch sind die Geschäfte leer. Die zentrale Gegend zwischen dem Archäologischen Nationalmuseum und dem Touristenviertel zu Füßen der Akropolis, kaum einen Kilometer entfernt vom Parlament und dem davorliegenden Syntagma-Platz, verkommt zum Tummelplatz von Drogendealern. „In der Gegend will ich nicht einmal an die Wand gemalt sein“, übersetzt ein Athener eine griechische Redensart.

Für die Kaffeebarbesitzerin Margerita Kalandria ist das Viertel zum Albtraum geworden. Früher hätten drei Personen von der kleinen Bar leben können, nun steht sie alleine von fünf bis 17 Uhr hinter dem Tresen, hat am Abend ganze 200 Euro eingenommen und kann sich die Rentenbeiträge nicht mehr leisten. Denn zuerst müssen alle zwei Monate 300 Euro an Stromrechnung inklusive einer neuen Immobilienabgabe bezahlt werden, oder die 794,35 Euro Abgabe für das Aufstellen von vier Plastiktischen auf wenig mehr als fünf Quadratmetern des verlassenen Bürgersteigs. „Die wenigen Kunden, die noch kommen, sind inzwischen zu Freunden geworden“, sagt Frau Kalandria. Doch nach 17 Uhr hat sie Angst um die Sicherheit im Viertel und geht nach Hause.

Näher an der lebhaften, aber längst nicht überfüllten Touristengegend, bei Monastiras, rechnet ein Geschäftsbesitzer aus dem Mittelstand in seinem kleinen Büro seine Verluste vor: Er habe sein Geld nicht ins Ausland gebracht, sondern 40 000 Euro in griechischen Staatstiteln angelegt, mit 6,1 Prozent Zins und Fälligkeit 2015. Nun seien diese Titel nominal noch 18 600 Euro wert. Davon will der griechische Staat 2013 eine Anzahlung von 3000 Euro leisten, 2014 noch einmal; der Rest kommt dann in Jahresraten von 600 Euro ab 2023, die schließlich 2027 auf 640 Euro steigen und bis 2042 bezahlt werden. „Dann bin ich 82 Jahre alt“, lautet der trockene Kommentar.

Die Zahlen zur Lage in Griechenland sind so dramatisch, wie sie zuletzt wenige europäische Länder erlebt haben: Im dritten Jahr der Krise ist das Bruttoinlandsprodukt 2011 noch einmal um 7,5 Prozent gesunken. Die Zahl der Baugenehmigungen ist auf die Hälfte abgestürzt. Zugleich ist die Zahl der Beschäftigten in den vergangenen drei Jahren um 621 000 oder 14 Prozent geschrumpft, die der Arbeitslosen hat sich auf mehr als eine Million verdoppelt. Jedem Arbeitslosen stehen statistisch noch 3,9 Beschäftigte gegenüber. Dazu kommen die Einkommenskürzungen von rund 30 Prozent für den öffentlichen Dienst, mehr als 10 Prozent für die Rentner. Die Wirtschaftsverbände beklagen, rund 180 000 Geschäfte und Unternehmen stünden vor dem Aus. Die Banken helfen nicht, denn sie wackeln ebenfalls, wegen der Verluste aus der Umstrukturierung der griechischen Staatstitel.

„Es ist ein Teufelskreis“, sagt Gikas Haridouvelis, Wirtschaftsberater des in ökonomischen Fragen ohnehin beschlagenen Ministerpräsidenten. „Je mehr man kürzt, umso kräftiger wird die Rezession, umso mehr schrumpfen die Steuereinnahmen.“ Doch Geld sei nirgendwo mehr zu holen. Selbst Exportunternehmen mit laufenden Aufträgen bekämen keine Kredite mehr für den Import von Vorprodukten. „Wir müssen die Erwartungen stabilisieren, sonst bleiben die Unternehmer pessimistisch. Die Rezession ist erst vorbei, wenn die Bevölkerung sieht, dass die Lage stabiler wird“, sagt der Wirtschaftspräsident Haridouvelis.

Die Fernsehbilder aus Athen illustrieren die Lage immer wieder mit Aufnahmen von Straßenschlachten rund um den Syntagma-Platz. In den Seitenstraßen finden sich ein paar ausgebrannte Ruinen, und beim Anblick von Demonstranten in der Ferne lassen Hotels und Geschäftsinhaber sofort ihre schützenden Rollos herunter. Auch die Reservierungen von deutschen Touristen liegen 2012 mehr als ein Viertel unter dem Vorjahreswert. Dennoch ist im Athener Alltag von landesweiter Proteststimmung oder gar bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wie sie in Fernsehbildern transportiert werden, gar nichts zu spüren. Demonstrationen gibt es regelmäßig, auch Arbeitsniederlegungen von streikfreudigen Belegschaften wie etwa den Fährgesellschaften. Die Griechen, und mit ihnen lautstarke Gruppen von Extremisten, sind seit den Zeiten der Militärdiktatur von 1967 bis 1974 allgerich gegen hartes Durchgreifen der Polizei, und deshalb haben Demonstranten in Athen eine größere Bühne als anderswo. Doch ein höflicher deutscher Besucher, der womöglich noch die beiden griechischen Worte „Parakaló“ und „Evcharistó“ für „bitte“ und „danke“ beherrscht, wird mit freundlicher Gastfreundschaft behandelt.

Jenseits des Respekts für einzelne Gäste gibt es auch den Grimm auf die Politik im fernen Deutschland und die Europäische Union. „Ein Großteil der Bevölkerung hat das Gefühl, dass es Druck von außen gibt, der eine Verminderung des Lebensstandards diktiert“, sagt Dimitris Katsikas vom Sozialforschungsinstitut Eliamep. „Zugleich gibt es aber auch die Frustration über die lokalen Politiker, mit dem Bewusstsein, dass wir selbst Schuld sind.“ Nicht alle gehen aber so weit in der Selbstkritik wie Katsikas, der meint, schließlich hätten die Griechen ihre Politiker gewählt und keinerlei Bewusstsein für die Notwendigkeit von Reformen entwickelt. Dass früher vieles schiefgelaufen ist, geben die Wirtschaftsexperten unumwunden zu. Dass die Probleme nicht nur in den Zahlen für das öffentliche Haushaltsdefizit



Wohin geht es mit ihrem Land? Bald haben die Griechen wieder die Wahl.

Foto dpa

Wie Athen leise leidet

In der kommenden Woche wird der Wahltermin verkündet, wahrscheinlich der 6. Mai. Griechenland entscheidet dann, ob die Vereinbarungen mit Europa eingehalten werden, oder ob radikale Protestparteien die Oberhand gewinnen und die Diskussion um Griechenlands Zukunft wieder neu beginnt. *Von Tobias Piller*

und die Staatsschulden zu beschreiben sind, bringen vielen eingestreuete Details zutage. Demnach wurde erst seit 2010 nachgeforscht, wie viele Griechen direkt oder indirekt beim Staat beschäftigt sind, und das Ergebnis lag bei rund 1 Million. Im Amt des Ministerpräsidenten wird berichtet, dass von dort erstmals systematisch verfolgt werden kann, was denn die anderen Ministerien treiben. Als sich alle Renten- und Sozialleistungsempfänger neu registrieren mussten, flogen nicht nur die Rentenzahlungen für die längst verstorbenen Hundertjährigen auf. Rund 50 000 Griechen haben von vorneherein auf einen neuen Leistungsantrag verzichtet, um nicht etwa in der Kategorie der Taxifahrer mit Blindenrente zu landen. Wenn nun von den Bemühungen berichtet wird, in Städten und staatlichen Großkrankenhäusern die „doppelte Buchhaltung“ einzuführen, lässt dies auf viele Unterlassungen der Vergangenheit schließen.

Nun wollen die Griechen an den Schaltstellen der Macht lieber davon reden, was bisher geleistet wurde. Tasos Giannitsis, derzeit als Wirtschaftsprofessor in der Position des Innenministers, verweist auf die Verringerung des Haushaltsdefizits um 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts,

mehr als anderswo in der OECD. In zwei Jahren habe es zwei Rentenreformen gegeben, eine Reduzierung der Gehälter im öffentlichen Dienst, vielerlei Steuererhöhungen, die Reduzierung der Kommunen von 1000 auf 300, die Abschaffung aller leeren Stellen und die Regel, nur noch ein Fünftel der freierwerdenden Stellen im öffentlichen Dienst neu zu besetzen. Wenn der Minister aber davon berichtet, dass in den letzten Wochen der Regierung Papademos mit der Task-Force der Europäischen Union ein Fahrplan für die Verwaltungsreform der untergeordneten Behörden und Kommunen erarbeitet werde, lassen sich noch viele Notstände und langwierige Bemühungen um Reformen erahnen.

Der in Berlin promovierte Ökonom Giannitsis wurde selbst in Griechenland immer als Reformers angesehen. Als Arbeitsminister wollte er schon 2001 eine Rentenreform, scheidete damit am Widerstand populistischer Politiker und trat zurück. Heute sagt er: „Es war 2001 nicht vorgegeben, dass sich Griechenland so entwickeln müsse, wie es in den letzten Jahren geschehen ist.“ 2. Giannitsis fügt hinzu, Griechenland habe es auch leicht gehabt im vergangenen Jahrzehnt, weil die Haushaltsregeln der Währungsunion so locker gehandhabt

wurden, – doch selbst diese habe Griechenland schließlich überschritten.

Ob und wie Griechenland danach wieder aus dem Tal der Depression herausfinden kann, wird nun das Diskussionsthema der bevorstehenden Wahlen. „Wachstum braucht Investitionen, und ich sehe keinen Grund, warum jemand in Griechenland investieren soll“, sagt der knorrige liberale Kritiker und ehemalige Minister Stephanos Manos. Noch gibt es zu viele Spekulationen darüber, ob Griechenland nicht doch noch aus der Währungsunion ausscheidet und ob nicht viele Investitionsobjekte nicht noch viel billiger werden. Und andere Hindernisse bestehen weiter: „Griechenland hat ursprünglich seine Gesetze in Deutschland und Frankreich geschrieben, und die passen nicht zu diesem Land, sondern schaffen bürokratische Monster“, sagt die sozialdemokratische Abgeordnete Elena Panariti. Der Chefökonom des Kreditinstituts National Bank of Greece, Paul Mylonas, hatte zwar in seinen Prognosen keinen derart tiefen Fall der Wirtschaftsaktivitäten vorhergesehen. Doch seine Folgerung lautet nun: „Im Grunde bietet Griechenland riesige Chancen.“ Im Tourismus, bei landwirtschaftlichen Produkten oder im Transportwesen.

Für den Vorsitzenden des Unternehmerverbandes, Dimitris Daskalopoulos, hängt alles von den nächsten Wahlen ab. Gewinnen dabei die beiden Parteien, die bisher die Reformregierung von Ministerpräsidenten Lucas Papademos stützten, wäre das nicht nur aus der Sicht des Unternehmerpräsidenten eine Überwindung der Unsicherheit. „Mit etwas Verantwortungsgefühl kann dann das Reformprogramm weitergeführt werden.“ In der kommenden Woche will Ministerpräsident Papademos den Wahltermin verkünden, wahrscheinlich den 6. Mai. Griechenland entscheidet dann, ob die Vereinbarungen mit Europa eingehalten werden, oder ob radikale Protestparteien die Oberhand gewinnen und die Diskussion um Griechenlands Zukunft wieder neu beginnt.

Die Hoffnung, dass nach der Wahl die Zukunftsaussichten wieder rosiger werden, ist allerdings bei den Griechen noch sehr dünn. Die Bar in der Nähe des Omonia-Platzes will die Besitzerin Margherita bald schließen und im Alter von 50 in der Schweiz von vorne anfangen. Griechenland habe noch nicht den Tiefpunkt erreicht. Noch lebten die Griechen von den Ersparnissen. „Aber im Herbst ist dann das Geld wirklich zu Ende.“



Auf einen Espresso

Die Welt in Kinderhände

Von Carsten Knop

Von welchem Alter an beginnt Politikverdrossenheit? Ab wann interessiert man sich nicht mehr für die großen Themen, die das Welt- und das Wirtschaftsgeschehen bestimmen? Bei Kindern im Alter von rund zehn Jahren jedenfalls ist das Phänomen nicht zu beobachten. Wahlplakate werden in der Regel mit größtem Interesse kommentiert, die Wahl des neuen Bundespräsidenten nach der einleitenden Frage: „Wer ist eigentlich dieser Gauck-Typ?“ höchst interessiert verfolgt. Und jetzt das: Griechenland sollte die Europäische Währungsunion verlassen, die Drachme wiederbeleben und Strafen für alle einführen, die die neue Währung umgehen wollen. Das ist nicht etwa die Analyse eines angesehenen Volkswirts oder ein Plan von Politikern in Europa, sondern der Vorschlag eines elf Jahre alten Jungen aus den Niederlanden, der sich mit seinen Ideen um einen hochdotierten Wirtschaftspreis, den Wolfson-Preis, beworben hat.

♦♦♦

ES GEHT DABEI UM 200 000 britische Pfund. Die Teilnehmer an der Ausschreibung sollten sich Gedanken darüber machen, wie es wirtschaftlich in Europa weiter vorangehen kann, selbst wenn ein einzelnes Land aus der gemeinsamen Währung austreten sollte. Der Junge, der sich in das Teilnehmerfeld gewagt hat, heißt Jurje Hermans. Gewinnen wird Jurje den Preis nicht, das steht schon fest. Aber in dieser Woche erhielt er für seine Bewerbung einen Geschenkgutschein in Höhe von 100 Euro als Anerkennung.

♦♦♦

ICH MACHE MIR ZIEMLICH viele Sorgen um die Eurokrise und schaue mir täglich die Nachrichten im Fernsehen an“, schrieb Jurje in seiner Bewerbung: „Die Euro-Krise ist ein großes Problem. Und ich versuche, Lösungen ausfindig zu machen.“ Wenn es aber Kinder wie Jurje gibt, die so früh beginnen, sich Sorgen um Europa zu machen, muss einem um die Zukunft unserer Wirtschaftsregion in der globalisierten Welt vielleicht doch noch nicht bange werden.

♦♦♦

WAS HAT JURJE vorgeschlagen? Die Griechen sollten die Eurozone verlassen und eine „Tauschmaschine“ nutzen, um ihre Euro in neu auszugebende griechische Drachmen zu tauschen. Die eingesammelten Euro würden dann von der Regierung genutzt, um Staatsanleihen in Euro zurückzuzahlen. Im Bewusstsein, dass sich Unternehmen und Privatpersonen wohl gegen das Halten der Drachme wehren, weil sie drastisch an Wert verlieren werde, schlägt Jurje Strafmehanismen vor. Jeder, der Euro verstecke, solle bis zum Doppelten des Werts der Euro an Strafe zahlen. „Auf diese Weise stellen wir sicher, dass alle Griechen ihre Euro zu einer griechischen Bank bringen und die Regierung alle Schulden zurückzahlen kann“, schrieb der Junge.

♦♦♦

SO EINFACH kann die Welt sein. Wie schon Herbert Grönemeyer sang: „Die Welt gehört in Kinderhände.“ Denn manchmal sind die Erwachsenen reichlich einfallslos. Das hat sich auch diese Woche wieder gezeigt. Ein Nachtflugverbot für 17 Flüge in Frankfurt? Der undifferenzierte Reflex der Industrie: „Ein schwerer Schlag für den Wirtschaftsstandort Deutschland.“ Nun ja: Ist es nicht vielmehr so, dass Waren aus Deutschland, die in der Welt ein jeder haben will, mit pfiffigen Logistiklösungen auch weiterhin ihren Weg in dieselbe finden werden? Die Deutschen müssen nur kreativ genug bleiben, solche Produkte wieder und wieder zu erfinden und zu perfektionieren. Dafür, das ist wahr, braucht die Wirtschaft Luft zum Atmen.

♦♦♦

DASS DAS IMMER WIEDER GELINGT, hat in dieser Woche ein kleines Unternehmensjubiläum gezeigt: Den Softwarekonzern SAP gibt es nun schon 40 Jahre. Er hat das Arbeiten in den Unternehmen schon in jungen Jahren revolutioniert – und tut dies mit neuen Ideen in einem sich schnell verändernden Umfeld weiterhin.

♦♦♦

NOCH ETWAS: Lieber Herr Röttgen, wenn Sie Nordrhein-Westfalen im Falle einer Wahlniederlage schon nicht von der Oppositionsbank aus erleben wollen: Schauen Sie doch wenigstens das Kind auf Ihrem Wahlplakat an – und nicht weg. Das haben die Kinder in Nordrhein-Westfalen nicht verdient.